

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 47 – Stillstand der AKW
Krümmel und Brunsbüttel

Dazu sagt der energiepolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Detlef Matthiessen:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988-1503

Fax: 0431 / 988-1501

Mobil: 0172 / 541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 090.08 / 28.2.2008

Sicherheit hat Vorrang vor allen anderen Erwägungen

Der Antrag der FDP hat eine üble Tendenz. Die Frage lautet *“Was sind im Einzelnen die Gründe der Landesregierung, die Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel weiterhin abgeschaltet zu lassen.* Unterschwellig wird hierdurch signalisiert, ‚lasst die Atomkraftwerke doch schnell wieder ans Netz, dann rollt der Rubel auch für den Landeshaushalt wieder‘. Hier antwortet die Landesregierung völlig korrekt.

Der FDP-Antrag ist natürlich hinterlistig, weil genau in diesem Sinne die CDU Presse gemacht hat - nun müssen die AKW aber wieder anfahren, weil soviel Geld verloren geht. So beklagen sich die Kollegen Sauter und Ritzek in einer Presseerklärung: *Fortgesetzter Stillstand der Kernkraftwerke hat dramatische Auswirkungen auf den Landeshaushalt. Der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Manfred Ritzek, forderte das Sozialministerium deshalb auf, besser zu erklären, weshalb die Kraftwerke abgeschaltet blieben. Bislang sei noch jedes groß angekündigte „meldepflichtige Ereignis“ in die niedrigste Sicherheitsstufe eingeordnet worden. „Da muss die Frage schon erlaubt sein, weshalb Krümmel und Brunsbüttel über Monate nicht wieder anfahren dürfen“, so Ritzek.*

Eine Schlussfolgerung ist an dieser Stelle jedoch klar: Ein sicherheitsorientierter Vollzug der Reaktoraufsicht wäre in einer schwarz-gelben Konstellation nicht zu erwarten. Die Sicherheit der AKW hat absoluten Vorrang vor allen anderen Erwägungen.

Vorrang vor den Interessen der Aktionäre von Vattenfall und Vorrang vor Steuer- und Abgabewünschen einer Landesregierung, die einen knappen Haushalt zu verwalten hat und der auch wir Grüne jeden Euro gönnen. Und das aus gutem Grund. Ein Kernschmelzeunfall hätte katastrophale Folgen. Hamburg würde unbewohnbar. Diese Technik, die nicht versagen darf, dürfen wir uns deshalb nicht erlauben.

Zurück zu den Einnahmeverzögerungen aus dem AKW-Stillstand: Es geht um die Oberflächenwasserentnahmeabgabe (OWAG), Gewerbesteuer, Mehrwertsteuer, Körperschaftsteuer, Stromsteuer und die anteilige Einkommenssteuer. Die Beschäftigten bleiben beschäftigt, Einkommensteuer und Sozialabgaben sind insofern unverändert. Die Oberflächenwasserabgabe wurde von CDU und FDP scharf bekämpft bei ihrer Einführung. Eigentlich hätte die CDU die Streichung der OWAG sofort vornehmen müssen, als sie aus der Opposition in die Regierungsverantwortung kam.

Wir Grünen stellen uns aber gerne der Frage, wie sich eine Umsetzung unseres Energiekonzeptes auf die Steuereinnahmen auswirkt. Die Grünen Eckpunkte für Schleswig-Holstein heißen: Stilllegung der drei AKWs, kein Neubau von Kohlekraftwerken, Ausbau der erneuerbaren Energien, Ausbau der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung, Verbesserung der Energieeffizienz und Energieeinsparen, z.B. durch Wärmedämmung in Altbauten.

Schon jetzt stellt allein die Windstrom-Branche in Schleswig-Holstein dreimal soviel hochwertige Arbeitsplätze als die Atom- und Kohlekraftwerke im Land. Die Vergütung des Öko-Stroms gemäß Energie-Einspeisegesetz (EEG) ist in der Summe deutlich höher als bei dem AKW- und Kohlestrom.

Teurer ist der EEG-Strom gegenüber dem fossilatomaren Strom nur auf dem Papier. Die Umweltfolgekosten werden nicht angemessen eingerechnet. Vor allem ist aber ein wichtiger Grund entscheidend: Es wird neu und alt verglichen, also eine neu gebaute Windkraftanlage mit einer schon ewig abgeschriebenen Kohledreckschleuder. Dazu aber später noch mehr.

Die Einnahmen aus dem Bereich erneuerbarer Strom werden sich verstärken durch den weiteren Ausbau von Windenergie (Offshore, Repowering), Biomasse, Fotovoltaik, Geothermie. In Schleswig-Holstein haben wir dazu eine durchgängige Wertschöpfungskette. Die Betreiber von Anlage für erneuerbare Energie generieren anteilige Einkommenssteuern, Gewerbe- und Körperschaftssteuer an den Standorten der Windparks, Biogasanlagen etc.. Die vielen Beschäftigten in der Branche erzielen ihr Einkommen bei uns im Land Schleswig-Holstein und führen entsprechende Sozialabgaben ab.

Insgesamt gehen wir davon aus, dass die Verluste an Arbeitsplätzen, Wertschöpfung und Steuerkraft aus Atom- und Kohlekraftwerksbetrieb durch die „drei Es“ Einsparung, Effizienz und erneuerbare Energie deutlich überkompensiert wird. Das weitere Plus liegt in der CO₂-Einsparung, in der Vermeidung hoher Umweltfolgekosten und in der Schonung von Rohstoffvorräten für kommende Generation.

Daher ist das Grüne Energiekonzept wirtschaftspolitisch und auch finanzpolitisch richtig und zukunftsfähig. In den fossilatomaren Bereich sind bisher hunderte von Milliarden Subventionen und anderer öffentlicher Aufwand geflossen. Atomkraftwerke sind gegen Unfälle nicht versichert. Wir haben keine Brennstoffsteuer auf Uran. Es werden steuerfrei zig Milliarden Rückstellungen zur Verfügbarkeit der großen Stromkonzerne gebildet. Wenn wir also über AKW und öffentliche Haushalte reden, dann davon und nicht von Wiederinbetriebnahme auf Kosten der Sicherheit.

Richtig ist und bleibt die Parole: Atomkraft? Nein Danke!
